

# Giorgio Pardini verzichtet auf Kandidatur

**REGIERUNGSRATSWAHLEN** SP-Kantonsrat Giorgio Pardini verzichtet auf eine Regierungsratskandidatur. Damit wird der Parteitag vom 22. November zwischen der ehemaligen Krienser Gemeindepräsidentin Helene Meyer-Jenni und Kantonsrätin Felicitas Zopfi auswählen können.

Im kommenden Jahr wählen die Luzernerinnen und Luzerner ihre Regierung und ihr Parlament neu. Für die Nachfolge der nicht mehr antretenden SP-Regierungsrätin Yvonne Schärli hat die Parteileitung Helene Meyer-Jenni, Giorgio Pardini und Felicitas Zopfi in die interne Ausmarchung geschickt. Kantonsrat Giorgio Pardini verzichtet nun aber auf eine Kandidatur. Gemäss Medienmitteilung der SP will er damit den Weg freimachen für

eine neue SP-Frau in der Kantonsregierung.

Giorgio Pardini, Präsident des Luzerner Gewerkschaftsbundes und SP-Kantonsrat, habe im Sommer zur Kenntnis genommen, dass keine einzige bürgerliche Partei eine Frau für die Wahl in den Regierungsrat vorgeschlagen hat, heisst es in der Medienmitteilung der SP. Dies hätte im Falle einer Wahl von Pardini unweigerlich zur Folge, dass die Kantonsregierung nur noch aus Männern bestehen würde. «Diese Situation wäre gesellschaftspolitisch nicht vertretbar», ist Giorgio Pardini überzeugt und erklärt deshalb seinen Verzicht auf eine Regierungsratskandidatur.

Die SP des Kantons Luzern bedauert den Rückzug des profilierten Gewerkschafters und Kantonsrats Giorgio Pardini. Sie verfüge aber mit Helene Meyer-Jenni und Felicitas Zopfi «über zwei ausgezeichnete Politikerinnen für die Nachfolge von Regierungsrätin Yvonne



Verzichtet, um einer Frau den Weg in die Kantonsregierung freizumachen: Giorgio Pardini. Foto pd

Schärli», heisst es in der Medienmitteilung. Profilierte Politikerinnen gäbe es auch in den Reihen der Bürgerlichen. «Es ist ein Armutszeugnis für die bürgerlichen Parteien, nur Männer zur Wahl vorzuschlagen», findet Priska Lorenz, Präsidentin der SP-Kantonsratsfraktion.

## Podium in Willisau

Die beiden SP-internen Kandidatinnen Helene Meyer-Jenni und Felicitas Zopfi werden sich in den nächsten Wochen bei verschiedenen Amtsparteien und Sektionen vorstellen, im Hinblick auf den Nominationsparteitag vom 22. November in Adligenswil. Den Auftakt macht eine Veranstaltung der SP Wahlkreis Willisau am kommenden Donnerstag, 11. September, 20 Uhr, im Hotel Mohren, Willisau. Das Podium wird moderiert von WB-Chefredaktor Stefan Calivers. Die Veranstaltung ist öffentlich, auch Nicht-SP-Mitglieder sind willkommen. pd/WB

## Mit Sonderzug an die Olma

**MESSE** Vom 9. bis 19. Oktober präsentiert sich Luzern als Gastkanton an der Olma in St. Gallen. Der Umzug am Tag des Gastkantons am Samstag, 11. Oktober, bildet den Höhepunkt dieses Besuchs. 35 Vereine und Gruppen mit 1400 Mitwirkenden werden an diesem Samstag den Kanton präsentieren. Ein Grossteil der Mitwirkenden und die Ehrengäste reisen in einem Sonderzug an. Er steht auch dem Publikum zur Verfügung.

**Abfahrtszeiten Hinreise:** 05.42 Uhr ab Luzern. 06.07 Uhr ab Sursee.

**Abfahrtszeiten Rückreise:** 17.11 Uhr ab St. Gallen St. Fiden. 17.29 Uhr ab St. Gallen. Ankunft: 19.52 Uhr in Sursee. 20.39 Uhr in Luzern.

Für Einzelreisende ab 16 Jahren kostet das Billett 2. Klasse 39 Franken. Das Familienbillett 2. Klasse kostet 49 Franken. Im Preis inbegriffen ist der Olma-Eintritt im Wert von 17 Franken. pd

www.olma.lu.ch

## Nein zur Einheitskasse

**ÜBERPARTEILICHES KOMITEE** In den Kantonen Luzern, Nidwalden und Obwalden ist ein überparteiliches Komitee zustande gekommen, das sich gegen die geplante Einheitskasse einsetzt. Das ist einer Medienmitteilung zu entnehmen. «Verlust der Wahlfreiheit, in die Höhe schiessende Verwaltungskosten von rund 2 Milliarden Franken, längere Wartezeiten bei Behandlungen, eine lahme Staatskrankenkasse und ein Staatsmonopolist sowie mögliche Schulden wie bei der IV»: Das seien einige der Folgen einer Einheitskasse, schreibt das Komitee. Weiter: «Krankenkassenanbieter verschwinden, zahlreiche Arbeitsplätze gehen verloren.» Man könne meinen, dies würde Personalkosten einsparen, dem sei aber nicht so. Denn auch eine staatliche Krankenkasse brauche einen Angestellten-Apparat, «der ohne den jetzigen Wettbewerb der Krankenkassen wohl kaum so speditiv und auf den Kunden zugeschnitten wäre». Und: «Die Wahlfreiheit geht verloren, Vergünstigungen für Familien würden durch eine kantonale Einheitsprämie ersetzt». wb

**Mitglieder des Komitees sind unter anderem:** Kantonsrat Hans Aregger (CVP, Buttisholz), Kantonsrätin Hedy Eggerschwiler (CVP, Buttisholz), Nationalrätin Yvette Estermann (SVP, Kriens), Nationalrat Roland Fischer (GLP, Udligenswil), Nationalrätin Ida Glanzmann (CVP, Altishofen), Ständerat Konrad Graber (CVP, Kriens), Regierungsrat Guido Graf (CVP, Pfaffnau), Kantonsrätin Yvonne Hunzeler (CVP, Grosswangen), Kantonsrätin Inge Lichtsteiner (CVP, Egolzwil), Kantonsrat Urs Marti (CVP, Zell), Nationalrat Leo Müller (CVP, Ruswil), Nationalrat Felix Müri (SVP, Emmen), Kantonsrat Ludwig Peyser (CVP, Willisau), Nationalrat Peter Schilliger (FDP, Udligenswil), Ständerat Georges Theiler (FDP, Luzern), Nationalrat Albert Vitali (FDP, Oberkirch).

## Für mehr Transparenz bei Stiftungen

**STIFTUNGSTAG** Vergangene Woche präsentierten sich gemeinnützige Stiftungen und Vereine aus der Region der Öffentlichkeit. Mit rund 150 Teilnehmenden war die Tagung an der Hochschule Luzern gut besucht.

Stiftungen übernehmen wichtige Aufgaben für die Gesellschaft. Oft wirken sie aber im Verborgenen und sind bei der Bevölkerung nicht bekannt. «Umso wichtiger ist, dass sie eine Plattform erhalten, um sich zu zeigen, Vorurteile abzubauen und transparenter zu werden», heisst es in einer Medienmitteilung des Innerschweizer Stiftungstages. Diese wurde im Nachgang eines Treffens an der Hochschule Luzern versandt, an dem sich vergangene Woche rund 150 Personen trafen.

### Aus dem Verdeckten heraustreten

Eröffnet wurde die Tagung durch Guido Fluri, der mit seiner gleichnamigen Chamer Stiftung die Wiedergutmachungsinitiative lanciert hat. Diese setzt sich für ehemalige Verdingkinder ein. Fluri beschreitet damit einen in der Schweiz eher unkonventionellen Weg für Stiftungen, die oft im Verdeckten agieren. Er möchte motivieren, sich vermehrt politisch und im Interesse der Gemeinschaft zu betätigen, sagte er. An einem Marktplatz konnten regionale Stiftungen sich und ihre Pro-



Mitglieder von Stiftungen beim Austausch. Foto pd

jekte der Öffentlichkeit präsentieren. Sie nutzten dieses Angebot rege. «Ein Novum, das einem grossen Bedürfnis entspricht», sagte Daniel Krähenbühl, Initiant des Stiftungstages.

Diverse gut besuchte Workshops boten Gelegenheit zur Weiterbildung. So wurden Vereinspräsidenten und Stiftungsräte ermutigt, ihr gesellschaftliches Engagement vermehrt in die Öffentlichkeit zu tragen, statt nur still vor sich hin zu wirken. Ebenfalls neu für Zentralschweizer Stiftungen und Vereine war die Möglichkeit, anderen Teilnehmern eine Projektidee zu präsentieren und von ihnen Feed-

backs und Verbesserungsvorschläge zu erhalten. «Ein überaus grosses Wissen ist vorhanden», sagte Olivia Hoffmann, Initiantin des Austauschforums. «Wenn aber jeder für sich arbeitet, wird es nicht geteilt.» Über den Stiftungstag könnten sich gemeinnützige Organisationen besser vernetzen und gegenseitig unterstützen.»

Diese Begegnung unter Stiftungen und Vereinen und der damit zusammenhängende Erfahrungsaustausch soll in den kommenden Jahren weitergeführt werden. Interessierte Organisationen können sich beim Innerschweizer Stiftungstag melden. pd/WB

## Hilfe für kranke Kinder

**ZONTA CLUB** Das Benefiz-Golfturnier des Zonta Clubs Luzern Landschaft (Lula) in Oberkirch war erneut ein Erfolg. Dank den 32 Golferinnen und Golfern und den Sponsoren resultierte ein Reingewinn von 12000 Franken. Der Erlös kommt dem vereinseigenen Lula-Fonds zugute. Dieser wurde 2001 von Antoinette Hess, Mitglied des Zonta Clubs Luzern Landschaft, unter dem Namen «Fonds für krebskranke Kinder im Kinderspital Luzern» gegründet. Jedem lebensbedrohlich erkrankten Kind, das länger als 14 Tage im Kinderspital Luzern bleiben muss, wird ein Wunsch erfüllt. So wünschte sich die an Lymphdrüsenkrebs erkrankte Stefanie einen kleinen Fotoapparat und Gianluca, der an Leukämie erkrankte, ein Feuerwehrauto. «Ich bin gerührt und glücklich», sagte Antoinette Hess über die Summe von 12000 Franken, mit der weitere Kinderwünsche erfüllt werden können.

«Wir signalisieren den Eltern, dass sie in dieser schweren Zeit nicht alleine sind, und lassen sie spüren, dass im Hintergrund jemand mit ihnen fühlt», sagt Antoinette Hess. Konzipiert wurde zudem ein neuer Flyer vom Surseer Gusti Naef. Im Mittelpunkt steht die fröhliche Lula mit den roten Haaren als gute Fee – die eben diese Wünsche erfüllt. Zonta ist ein internationaler Serviceclub für Frauen. Der Zonta Club Luzern Landschaft zählt 36 Mitglieder und wird präsidiert von Pia Hofstetter (Wauwil). T.B.

## Ja zur Einheitskasse

**GEWERKSCHAFTSBUND** Der Vorstand des Luzerner Gewerkschaftsbundes (LGB) empfiehlt einstimmig ein Ja zur Initiative für eine öffentliche Krankenkasse. «Der Pseudowettbewerb unter den privaten Kassen und die damit einhergehende unsoziale Jagd nach guten Risiken würde damit beendet», schreibt der LGB in einer Medienmitteilung. «Statt für die Eigenwerbung der Krankenversicherer könnten mehr Mittel für die Prävention verwendet werden.»

### Nein zur Gastro-Initiative

Zur Ablehnung empfiehlt der LGB-Vorstand hingegen die zweite eidgenössische Vorlage, die am 28. September an die Urne kommt: Die Gastro-Initiative. Eine Annahme hätte Steuerausfälle von bis zu 750 Millionen Franken oder teurere Lebensmittelpreise für alle zur Folge, ist die Gewerkschaft überzeugt. Ferner schreibt sie: «Es kann nicht sein, dass mit einem Preisaufschlag auf Brot und Milch die Galadiner von Gutverdienenden subventioniert würden.» wb

## LESERBRIEFE

### Die Rechnung berappen die Steuerzahler

Laut einer Studie des emeritierten Wirtschaftsprofessors Peter Zweifel würde die mit einer Einheitskasse die Durchschnittsprämie pro Person um bis zu 17 Prozent steigen. Das wären jährlich 575 Franken pro versicherte Person. Besonders negativ betroffen wären einmal mehr Familien, da sich die Prämien für Kinder im Durchschnitt mehr als verdreifachen würden.

Die Versicherten auf dem Land, die mit dem heutigen System tiefere Prämien haben, müssten mit dem Wegfall der Prämienregionen für die höheren Leistungskosten in den Städten aufkommen. Im Weiteren bin ich überzeugt, dass die einzelnen Versicherten bei einer Einheitskasse nicht nur mit höheren Prämien, sondern auch mit höheren Steuern zu rechnen haben. Die Befürchtung nämlich, dass die öffentliche Hand die steigenden Kosten auf die Gemeinden abwälzt, ist nicht von der Hand zu weisen. Dies spüren die Gemeinden jetzt schon in vielen anderen

Bereichen wie beispielsweise bei der Alterspflege oder der wirtschaftlichen Sozialhilfe.

Zusammengefasst: Die steigenden Kosten bei einer Einheitskasse werden am Ende die Steuerzahlerinnen und die Steuerzahler berappen müssen. Ich hoffe, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 28. September ein entschiedenes Nein zur Staatskasse in die Urne legen!

Ruth Iseli-Buob,  
Gemeindepräsidentin, Schötz

### Maximal 2700 Zeichen

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Die Länge soll sich auf maximal 80 Zeilen beschränken (2700 Zeichen). wb

## Kein Experiment mit ungewissem Ausgang

Bereits zum dritten Mal innert zehn Jahren werden die Schweizerinnen und Schweizer am 28. September an die Urne gerufen, um über eine Initiative der SP und der Grünen über eine «öffentliche Einheitskasse» abzustimmen.

Lassen wir uns dabei vom Ärger über die Telefonwerbung und die alljährlich steigenden Prämien nicht blenden. Die Initianten machen leere Versprechungen, wenn sie behaupten, mit einer Einheitskasse würden die Prämien sinken. 95 von 100 Prämienfranken geben die Kassen für die Behandlung der Versicherten aus. Fünf Franken werden für die sogenannten Verwaltungskosten verwendet, zum Beispiel die Löhne und die Infrastrukturkosten. Die Werbekosten machen gerade mal 30 Rappen aus. Tatsache ist aber: Solange die Kosten für die Versorgung kranker Menschen steigen, wird auch die Prämienlast zunehmen.

Die wirklichen Kostentreiber im heutigen Gesundheitssystem sind die steigende Lebenserwartung, die medizinische Entwicklung sowie die Mengenausweitung. Es wäre klar der falsche Ansatz, wenn wir unser gut funktionierendes Gesundheitssystem mit seinem schnellen Zugang zu hochstehenden, medizinischen Leistungen, seinem umfassenden Leistungskatalog in der Grundversicherung sowie seiner freien Arztwahl umkrepeln würden.

Der von den Sozialdemokraten und den Grünen geforderte Umbau zu einer Einheitskasse allein würde zwei Milliarden Franken kosten. Das aber ohne Garantie, dass wir anschliessend ein besseres System und tiefere Prämien hätten. Deshalb bin ich klar gegen die Einheitskasse.

Romy Odoni,  
Kantonsrätin FDP. Die Liberalen, Rain